



Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft

Nationales Forschungsprogramm NFP 58

Summary Sheet 27

IDENTITÄTSKARTE

Religiöse Differenz als Problem in der politischen Diskussion

Leitung

Prof. Kurt Imhof, Universität Zürich
Dr. Patrik Ettinger, Universität Zürich

Mitarbeit

Pablo Assandri, Dr. Seyhan Bayraktar, Mirjam Mezger, Kujtim Sabani, Detlef Staudé

Weitere Informationen

www.nfp58.ch → Projekte → Religion, Medien und Politik

ÜBERBLICK

Stigmatisierung der Schweizer Muslime nach 9/11

Die Berichterstattung über Muslime ist in der Schweiz stark durch Terroranschläge und Konflikte wie den Karikaturenstreit geprägt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Forschungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58). Die Forschenden konnten zeigen, dass es rechtskonservativen und rechtspopulistischen Akteuren besonders seit den Anschlägen von Madrid gelingt, die Muslime pauschalisierend als Bedrohung darzustellen. Die in der öffentlichen Diskussion zunehmend negativen und verallgemeinernden Beschreibungen des Islam widerspiegeln sich auch in der parlamentarischen Debatte. Anders als an der Urne ist diese Sicht im Schweizer Parlament jedoch nicht mehrheitsfähig.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 thematisieren die Schweizer Leitmedien den Islam zunehmend im Zusammenhang mit Terror und internationalen Konflikten. Dadurch hat sich die Wahrnehmung der Muslime grundlegend verändert, wie Forschende des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58) aufgrund einer Analyse von Medienberichten und parlamentarischen Vorstößen und Debatten zeigen konnten.

Vor 9/11 waren die Muslime in der Schweiz kaum ein Thema in den Medien. In seltenen Berichten, etwa im Zusammenhang mit muslimischen Gräbern auf öffentlichen Friedhöfen, stellten Schweizer Medien Muslime überwiegend als kompromissbereit dar. Auch unmittelbar nach 9/11 differenzierten die Medien noch zwischen islamistischem Terror in der Welt und den als integriert geltenden Muslimen in der Schweiz.

Nach den Anschlägen von Madrid 2004 und London 2005 verschafften sich rechtspopulistische Akteure mit ihrer Sicht des Islam vermehrt Gehör und prägten die innenpolitische Debatte. So sieht die Schweizer Bevölkerung Musliminnen und Muslime seither zunehmend im Sinne eines Kampfs der Kulturen (siehe Kasten). Während man diese Menschen früher als Türken, Albaner oder Nordafrikaner wahrgenommen hat, steht nun ihre Religion im Vordergrund. Die Forschenden argumentieren, dass in der öffentlichen Kommunikation erst durch diese Entwicklung eine muslimische Minderheit geschaffen wurde.

Medienpopulismus und politischer Populismus

Das unter dem wirtschaftlichen Druck zunehmende Ringen der Medien um Aufmerksamkeit begünstigt gemäss den Forschenden die Resonanz radikaler Positionen und damit auch eine verallgemeinernde und negative Darstellung der muslimischen Minderheit.

Wie dieser Medienpopulismus mit dem politischen Populismus zusammenspielt, zeigen die Forschenden exemplarisch anhand des medialen Erfolgs der Anti-Minarettkampagne. Sie stellen fest, dass die Initianten mit provokativen Plakaten und Tabubrücken eine massive Berichterstattungswelle auslösen konnten. Dies verschaffte ihnen nicht nur sehr hohe Aufmerksamkeit, sondern ermöglichte es auch, Kritik als Unterdrückung der Meinungsfreiheit umzudeuten.

Auswirkungen auf politische Entscheidungsfindung

Obwohl rechtspopulistische Akteure in den Jahren nach 9/11 versuchten, die von Konflikten dominierte

internationale Berichterstattung über Muslime innenpolitisch zu nutzen, wurde diese Sichtweise politisch erst in der Abstimmung über die Minarettinitiative 2009 mehrheitsfähig.

Im Parlament reichten Politiker der SVP nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und insbesondere nach dem Karikaturenstreit vermehrt Vorstösse ein, die vor islamistischem Gedankengut und Terror warnten. Anders als an der Urne gewinnt diese Wahrnehmung des Islam und der Muslime im Parlament jedoch keine Mehrheit. Alle diesbezüglichen Vorstösse wurden bisher abgelehnt oder abgeschrieben.

Kampf der Kulturen

Die Forschenden des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58) zeigen, wie die Logik des Kalten Krieges, nach der sich der Westen gegen den kommunistischen Feind im Osten zu wehren hatte, teilweise durch ein neues Ordnungskonzept der Weltgesellschaft, den sogenannten Kampf der Kulturen, ersetzt wurde. Gemäss der Logik dieses neuen Konflikts besteht ein Widerspruch zwischen westlichen und christlichen Werten einerseits und

muslimischen Werten andererseits. Auch wenn die Mehrzahl der Medien und der politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteure damit nicht einverstanden sind, wird die Existenz eines Wertekonflikts ab 2006 – also nach den Anschlägen von Madrid und London und dem Karikaturenstreit – kaum noch bestritten und implizit durch die verallgemeinernde negative Darstellung der Muslime gestützt.

Empfehlungen

Die Forschenden des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58) geben Empfehlungen an Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Schulen ab, die darauf abzielen, der Stigmatisierung von Muslimen und anderen Minderheiten in der Schweiz entgegenzuwirken.

Gemäss den Forschenden braucht es in der Schweiz zunächst eine Identitätsdebatte, die den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigenheiten der Schweiz Rechnung trägt und sich nicht nur auf die Abgrenzung vom Fremden konzentriert. Als ersten Schritt empfehlen die Forschenden daher, der Frage nach der schweizerischen Identität in einem Forschungsprojekt nachzugehen, in dem

die Integrationsleistungen der Schweiz aufgearbeitet werden. Dabei sollten besonders erfolgreiche Beispiele berücksichtigt werden, um daraus Lehren für aktuelle Fälle abzuleiten.

Zudem empfiehlt die Forschungsgruppe, medienexterne Instanzen zur Beobachtung der Qualität öffentlicher Kommunikation etwa in Form von Blogs, Vereinen oder wissenschaftlichen Studien zu fördern.

Und schliesslich ist es gemäss den Forschenden zentral, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu stärken, da diese besonders häufig qualitätschwache Gratismedien konsumieren.